

Zeitschrift: Beiträge zur Aargaugeschichte
Band: 13 (2005)

Artikel: Philipp Albert Stapfer : Minister der Helvetischen Republik und Gesandter der Schweiz in Paris 1798-1803
Kapitel: Die innen- und aussenpolitische Relevanz der Experimente am Verfassungsprojekt von Malmaison bis zum dritten Staatsstreich
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-111028>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2.3 Die innen- und aussenpolitische Relevanz der Experimente am Verfassungsprojekt von Malmaison bis zum dritten Staatsstreich

Stapfers Empfehlung zur Annahme der Verfassung von Malmaison als entwicklungsfähige konstitutionelle Grundlage. Funktion und Rolle der französischen Gesandten in der Schweiz und die Abhängigkeit der Helvetischen Republik von der Hegemonialmacht. Stapfers diplomatischer Mehrfrontenkampf und steter Appell zu nationaler Einigkeit. Der dritte Staatsstreich im Oktober 1801.

I Ungeachtet seiner unitarischen Gesinnung hielt Stapfer dafür, das von Bonaparte inspirierte Projekt von Malmaison mit seinen bundesstaatlichen Ansätzen sei über gute organische Gesetze entwicklungsfähig, sofern auch die Behördenwahlen positiv ausfielen. Aus diesem Grund warnte er seine Gesinnungsfreunde, einschneidende Änderungen daran vorzunehmen oder den Vorschlag gar abzulehnen, denn er besorgte die darauf folgende Zornesreaktion des Ersten Konsuls. Er wusste wohl, dass der Widerstand unentwegter Unitarier wie Usteri und Rengger zu beschwichtigen war.¹

Gerade ihnen galt die schon oben ausführlich herangezogene hellsichtige Mahnung, wobei er Paul Usteri die militärische und finanzielle Schwäche der Helvetischen Republik drastisch vor Augen rückte und in knappen Strichen die prekäre innen- und aussenpolitische Situation umriss.² Er verwarf auch «das unnöthige Anfragen wegen der Verfassung», womit man sich «in die Hände des Despoten geworfen». Und keineswegs ausser Acht zu lassen sei die unterschwellige Opposition gegen das Neue im Land. Im Fall einer Konfrontation «mit dem mächtigsten Mann seiner Zeit» sah er voraus:

«Ihr werdet glorreich, aber gewiss unterliegen und mit Euch eine Verfassung begraben, die durch gute organische Gesetze verbessert und von Euch eingeführt, vielleicht die letzte, einzige Freistätte republicanischer Grundsätze geworden wäre. Bedenkt es: Treu meiner Pflicht werde ich hier die mir gegebenen Aufträge möglichst gut besorgen und den Tiger bei guter Laune zu erhalten suchen; aber bei Gott! die moralische Verantwortlichkeit, die Ihr mit so viel Muth und in so edler Absicht, aber so verwegen auf Euch ladet, möchte ich nicht theilen.»

Damit war der Helvetischen Republik das Horoskop gestellt, und zwar innen- wie aussenpolitisch. Der Innenpolitik galt sein von Anfang an aus Paris verkündetes *Ceterum censeo*. Gegen aussen verfolgte der Diplomat mit einer Mischung von Anpassung und Widerstand das Ziel, dazu beizutragen, dass seinem Land schwere territoriale Verluste erspart blieben oder dass es, wie man auch befürchtete, wie Cisalpinien unter Bonapartes Vormundschaft geriet, im schlimmsten Fall sogar den Annexionsgelüsten der Hegemonialmacht erlag. Aus den politischen Korrespondenzen der involvierten Akteure lassen sich nämlich Bedrohungen verschiedener Art herauslesen. Im Begleitschreiben Talleyrands etwa zur Verfassung von Malmaison an den französischen Gesandten Reinhard in Bern stand, die Nachbarstaaten Helvetiens hätten ein Interesse an einer gesicherten politischen Ordnung im Land. Daher die besondere Aufmerksamkeit Frankreichs in der Frage der Konstituierung.³ Dazu das ominöse Postscriptum:

«En remettant aux ministres helvétiques [sc. Glayre und Stapfer] le projet de constitution ci-joint, je leur ai fait connaître l'intention prononcée du Premier Consul, de terminer incessamment les discussions relatives à l'échange du Valais contre le Frickthal et les villes forestières de la gauche du Rhin, et à la renonciation du droit de la France à l'usage des routes militaires accordé par le traité d'alliance de l'an 6.»

Im Folgenden richtet sich unser Blick vor allem auf die Rolle Stapfers auf dem Pariser Schlüsselposten vom Frühjahr 1801 an. Er blieb ja, zu Zeiten nicht ganz ungefährdet, bis zum Zusammenbruch der Helvetischen Republik in dieser Stellung, während die Leitung der aussenpolitischen Geschäfte in Bern nach dem föderalistischen Putsch im Oktober vom politisch gleichgesinnten Waadtländer Louis Bégoz an den eingefleischten Berner Patrizier Gottlieb Thormann ging, der jedoch nach dem vierten Staatsstreich im Frühjahr 1802 dem gemässigten Republikaner und Stapfer näher stehenden Karl Müller-Friedberg weichen musste. Man braucht nur dem Faden der Stapfer'schen Gesandtschaftsberichte bis zum bitteren Ende zu folgen, um zu erkennen, dass der Diplomat in Paris nicht bloss Pässe zu unterschreiben hatte, wie er im Bericht über die Audienz von Malmaison sarkastisch anmerkte.⁴ Er fungierte vielmehr als wichtiger Ansprechpartner der Machthaber. Somit ist sein politischer Einfluss nicht gering einzuschätzen. Ohne dass er sein eigenes Credo verleugnete, galt ihm als Leitlinie für sein Handeln die Sorge um die Integrität des Vaterlandes. Wachsam registrierte er vorerst, wie Bonaparte und Talleyrand auf die weitere innenpolitische Entwicklung der Schweiz reagierten. Die beiden nahmen an, dem in Paris durch Glayre und Stapfer in einigen Punkten den republikanisch-unitarischen Vorstellungen angenäherten Verfassungsprojekt von Malmaison werde in einem kurzen Verfahren zugestimmt. Zu ihrem Verdruss mussten sie jedoch feststellen, dass in der im September in Bern versammelten Zentraltagsatzung eine langwierige, von parteipolitischen Querelen begleitete Modifikationsdebatte einsetzte, zudem sekundiert von einem publizistischen Meinungskampf, ganz zu schweigen von



Raymond de Verninac-Saint-Maur (1762–1822), französischer Gesandter bei der Helvetischen Republik von September 1801 bis Oktober 1802. Statue von M. E. Boverie.

in Paris agitierenden Berner Patriziern, die vom französischen Gesandten Reinhard Schützenhilfe erhielten. Was den Ersten Konsul aber besonders reizte, war das strikte Festhalten der Tagsatzung an dem von Annexion bedrohten Wallis. Sein Ärger entlud sich an den öffentlichen Audienzen auf den helvetischen Gesandten. Zu Beginn der Beratungen der Zentraltagsatzung wurde übrigens der kompromittierte französische Gesandte Reinhard durch den ehemaligen Präfekten von Lyon *Raymond de Verninac* (1762–1822) abgelöst. Seine Instruktionen

liessen erkennen, in welche Richtung die französische Politik den zerstrittenen helvetischen Vasallenstaat zu steuern gedachte: «Le fédéralisme absolu ne convient plus au temps présent, et l'unité absolue ne conviendra jamais à la Suisse.»⁵

Während dieser Phase der helvetischen Verfassungswirren hatte sich also Stapfer den kritischen Rückfragen Bonapartes an den öffentlichen Audienzen zu stellen und dem Aussenminister Talleyrand in zahllosen Konferenzen die Stirn zu bieten. Dies prägt nun seine offiziellen Gesandtschaftsberichte, in die er auch immer von neuem seine besorgten Warnungen einflieht. Den Rapporten sind nachstehend auch die Privatkorrespondenzen mit vertraulichen Äusserungen an die Seite zu setzen. Im Zusammenhang mit dem früher erwähnten Audienzgespräch vom 22. Mai 1801 übermittelte er den Wunsch des Ersten Konsuls, die von ihm approbierte Verfassung möchte nun alle vernünftigen und gemässigten Köpfe in Helvetien vereinigen.⁶ Die Franzosen vermeinten offenbar, die zerstrittenen helvetischen Parteien gewissermassen nach dem Vorbild des Konsularregimes verschmelzen zu können. Stapfer ging mit diesem Gedanken durchaus einig. Im Vorfeld der Wahlen zu den kantonalen Tagsatzungen und dann besonders der Zentraltagsatzung empfahl er der Exekutivbehörde dringend, darauf zu achten, dass nicht wie in die Legislative von 1798 «campagnards» und «enragés», sondern gemässigte Persönlichkeiten nominiert würden.⁷ Der ehemalige Erziehungsminister vertrat nach den Erfahrungen der revolutionären Anfänge den Grundsatz, die Leitfunktion im Staat komme vorerst einer aufgeklärten Bildungsschicht zu, sowohl gegenüber basisdemokratischen Strömungen als auch reaktionären Tendenzen. Auf Bonapartes Frage nach dem Lauf der Dinge in der Schweiz sprach Stapfer am 14. Juli dieses Problem kurz an: «Je dis que nous espérons nous en tirer sans voir notre patrie devenir la proie de démagogues ou des contre-révolutionnaires, surtout, s'il continuait à nous appuyer de ses bons conseils.»⁸ Worauf der Gesandte abzielte, war eine verbindliche Erklärung als Schritt auf die offizielle Legitimierung der amtierenden helvetischen Regierung, somit ein Schritt auf die von ihm ersehnte Konsolidierung hin. Dem entzog sich der Angesprochene und vermied in seiner unverbindlichen Antwort, sich auf eine politische Richtung festzulegen. Und so endete diese Art diplomatischen Vorgeplänkels:

«Il se borna à dire qu'il souhaitait beaucoup le bonheur de l'Helvétie, mais que son respect pour son indépendance lui interdisait de se mêler de son organisation intérieure.»

Gegen aussen und mit Rücksicht auf die misstrauische Kontrolle über die Einhaltung des Friedenstraktats von Lunéville durch die europäischen Mächte gab sich also Bonaparte am Gang der Dinge in Helvetien wenig interessiert. Doch die nachfolgenden politischen Pendelschläge, der dritte und der vierte Staatsstreich, veranlassten ihn, bei aller Zurückhaltung genau zu registrieren, wie man mit seinem Verfassungsprojekt umging und wie sich die jeweils vorherrschende Partei-

richtung zur Abtretung des Wallis stellte. Ende Juli 1801, also noch vor dem Zusammentritt der Zentraltagsatzung, hatte Stapfer die ersten Anzeichen von Unzufriedenheit aus Paris zu melden:

«[...] Mais ce qui intéresse bien plus encore le Premier Consul (que les affaires de la Suisse), est la négociation du Valais. Le citoyen Talleyrand ne m'a pas caché que le Premier Consul était infiniment blessé par les retards que l'exécution de son plan éprouvait, et qu'il était surtout mécontent de l'indiscrétion avec laquelle on avait permis aux journalistes d'en parler.»⁹

Diskret, im Stil absolutistischer Kabinettpolitik, wäre demnach das Abtretungsgeschäft abzuwickeln gewesen. Dass sich die öffentliche Meinung in der Schweiz dagegen aufbäumte, dass aus dem Wallis spontan Treuekundgebungen des Volks erfolgten und der zögernden Regierung den Rücken stärkten, erregte in Paris wachsenden Groll, umso mehr, als dies auch Stapfer für seine diplomatische Hinhaltenaktik ausnützte. Der Gesandte hielt dem wachsenden Druck stand, solange es ging. «C'est à tel point que je suis étonné de ne pas m'en ressentir encore personnellement.»¹⁰ Kurzen Andeutungen in seinen Rapporten entnimmt man, wie er mit aller Vorsicht über die in Paris residierenden Diplomaten die Haltung Österreichs und Preussens bezüglich der Helvetischen Republik sondierte.

II Haltung und Entscheidungen des französischen Konsularregimes gegenüber der um ihre definitive Konstituierung ringenden Schweiz resultierten während der Schlussphase der Helvetischen Republik aus den Erkenntnissen, die Bonaparte und Talleyrand aus verschiedenen Quellen schöpften. An Stapfer hielt man sich für die offiziellen Informationen. Die französischen Gesandten in Bern, Reinhard, danach sein Nachfolger Verninac, ebenso die französischen Generale folgten strikten Instruktionen und rapportierten regelmässig. Sie wurden auch in die Planungen einbezogen und entwickelten aufgrund unmittelbarer Wahrnehmungen eigene politische Projekte. Hinzu kamen noch eigentliche Sonderemissäre, wie der als Naturforscher getarnte Adrien Lezay, der Mitte 1802 die Schweiz bereiste. Es mag sein, dass die häufig festgestellte verblüffende Einsicht Napoleon Bonapartes in die politisch-sozialen Verhältnisse der Schweiz und die historischen Zusammenhänge nicht nur seinem Scharfblick und politischen Instinkt zuzuschreiben war, sondern vielmehr der gezielten Informationsbeschaffung und dem nachfolgenden genauen Studium der Unterlagen. Die von ihm für Helvetien ausgedachten Mischformen, das dem Entscheid der zerstrittenen Parteien überlassene und deshalb gescheiterte Verfassungsprojekt von Malmaison und die nach dem offenen Bürgerkrieg diktatorisch oktroyierte Mediationsverfassung dürften aus länger hin und her erwogenen Lösungen hervorgegangen sein. Die den beiden Unitariern Glayre und Stapfer im Frühjahr 1801 zugestandenen zentralistischen Konzessionen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihm schliesslich das bürokratisch-zentralistische Verfassungsmodell für die tief veran-

kerten schweizerischen Traditionen untauglich erschien. Möglicherweise erklärt sich seine länger abwartende Haltung daraus, dass die beruhigte europäische Gesamtlage nach dem Friedensschluss von Lunéville und die Aussicht auf die Einigung mit England in Amiens es zuliess, den kleinen Brandherd an Frankreichs Grenze noch eine Zeit lang schwelen zu lassen, bis im Herbst 1802 der offen ausgebrochene Konflikt der helvetischen Streitparteien doch noch gewaltsam zu dämpfen war. Stapfer fürchtete diesen Ausgang. Daher seine inständigen Mahnungen zu Ausgleich und Mässigung, ob nun, wie nach dem zweiten Staatsstreich, seine unitarisch-republikanischen Gesinnungsfreunde den Kurs bestimmten oder nach dem föderalistischen Putsch vom Herbst 1801 deren Gegner. Die bisherigen Erfahrungen festigten in ihm immer mehr die Überzeugung, die nationale Unabhängigkeit werde einzig durch engen Zusammenschluss unter Führung der gemässigten Unitarier zu erringen sein, allenfalls im Verein mit liberal gesinnten Persönlichkeiten der alten Führungsschicht. Diesen politischen Leitgedanken umschrieb er denn auch dem Ersten Konsul mit dem Blick auf die eben laufenden Wahlen anlässlich einer Audienz wie folgt:¹¹

«Les hommes, ajoutai-je, propres à être portés aux fonctions publiques sont de trois espèces bien différentes: de vieux routiniers illibéraux, étant par préjugés ou par esprit de domination portés à rappeler de leurs vœux ou de leurs efforts l'ancien régime; des démagogues qui flattent les passions du peuple aux dépens des intérêts de leur patrie, pour se saisir du pouvoir à l'aide de sa faveur, et enfin les républicains modérés et libéraux qui veulent le règne des principes de la justice, et qui ne caressent ni des préjugés surannés ni la cupidité du peuple.»

Die Schlüsse, die der Erste Konsul aus Gesprächen solcher Art zog, erfuhr der Schweizer Gesandte einige Tage später an einer ausgiebigen Konferenz mit Talleyrand, als er einmal mehr die einseitige Parteinahme des französischen Gesandten Reinhard für die Berner Patrizier anprangerte:

«Il [Talleyrand] m'a assuré que le Premier Consul voulait laisser aux Suisses la jouissance complète de leur indépendance, mais qu'il désirait que le gouvernement futur de l'Helvétie fût composé d'hommes libéraux, estimés et éclairés, qui abandonnassent toute idée de retour aux préjugés de l'ancien régime, et qui fussent pour la France républicaine ce qu'était le Corps helvétique d'autrefois pour la Monarchie française. Il a ajouté que le gouvernement français surtout que celui de l'Helvétie déploÿât la plus grande énergie contre les malveillans et les perturbateurs de l'ordre public.»

Nach einer Phase der Niedergeschlagenheit gelangte Stapfer im Spätsommer wieder zu einer vorsichtig optimistischen Einschätzung der Lage, nicht zuletzt angesichts der Ablösung des mit den Ci-devants in Bern offen kokettierenden Gesandten Reinhard durch Raymond Verninac und der Berufung fähiger unitarischer Köpfe in die Oberbehörden.¹² Den aufgehellten Horizont spiegelt auch ein

Schreiben an den zeitweise von Paris abwesenden französischen Aussenminister:¹³

«Il n'est pas moins digne de votre observation, Citoyen Ministre, que des trois partis marquants en Suisse (patriciens illibéraux, qui veulent le retour de l'ancien régime, démagogues qui tâchent, en flattant les passions du peuple, de s'emparer du pouvoir) patriciens libéraux, réunis à la fleur de la Nation, qui ne veulent ni de l'oligarchie, impossible à rétablir sans déchirements, ni du désordre révolutionnaire qui prolongerait l'agitation des esprits, mais une organisation sociale fondée sur l'expérience, la sagesse et des rapports d'amitié avec la France, de neutralité envers toutes les puissances ...»

Die letztgenannte Gruppe stehe bei den Wahl nominationen an erster Stelle:
«Ce résultat [...] paraît être d'un bon augure pour l'Helvétie, ainsi que pour les relations avec la République française.»

III Stapfers günstige Lagebeurteilung bezog sich zunächst auf die Wahlen. Sie trübte sich allerdings, als er wahrnahm, dass die fort dauernden politischen Spannungen sich auch in die Auseinandersetzung über das Verfassungsprojekt in der Zentraltagsatzung verlagerten. Erneut erhob er die Stimme und warnte davor, dass Bonaparte unversehens eingreifen könnte. Dank der verwandtschaftlichen Verbindungen seiner Gattin hatte er nämlich Gewährsleute bis in die führenden Kreise hinein. So meldete er denn Ende August in einer chiffrierten Botschaft nach Bern:¹⁴

«Je sais de très bonne part qu'on a été sur le point de suspendre l'exécution du projet de constitution et de donner à l'Helvétie un gouvernement provisoire, présidé par un commissaire français, *soutenu par les bayonnettes*. Ce projet est écarté pour le moment, mais il se reproduira inmanquablement, si la Diète centrale ne déploie pas dans les premiers instants à la fois union, énergie et sagesse. Quels que soient les vices de la constitution nouvelle, je suis averti que si des changements essentiels étaient apportés à ses bases, et qu'une partie quelconque de la Nation en témoignât du mécontentement, ou saisirait avidement ce prétexte pour établir la domination militaire dont on a conçu le projet. Ainsi, qu'au nom de Dieu et de la patrie on ne se presse pas de faire des modifications majeures quelque bonnes qu'elles puissent être en elles-mêmes; qu'on évite de toute manière d'agiter de nouveau les esprits, et qu'on cache au public autant que possible ce qui se passe dans l'intérieur; chaque article de gazette qui annonce une dissidence ou une opposition est une calamité et provoque l'oppression.»

Bonapartes Audienz bemerkungen lauteten allerdings wieder recht zurückhaltend. Nur durfte der helvetische Gesandte das Reizthema «Wallis» nicht berühren. Dies wird aus der nachfolgenden Passage in seinem Bericht deutlich:

«Le citoyen Verninac a pour instruction de tâcher de porter aux places importantes des hommes qui cèdent le Valais sans difficulté. Il devra s'attacher à ceux qui dans la Diète centrale jouiront du plus grand crédit, et comme on croit avoir meilleur marché du parti démagogique que de celui des républicains modérés, il est à craindre qu'on ne fasse aujourd'hui un essai avec cet extrême, après que la tentative d'influencer la Suisse au moyen de l'autre a échoué.»

Stapfers Schlussfolgerung tönte wiederum als Kassandraruf:

«Les avis que je vous donne ici sont aussi importants que sûrs et ne peuvent être négligés sans le plus grand danger pour notre patrie. Point de divisions, une attitude ferme et imposante, point d'agitations nouvelles pour des modifications constitutionnelles; sans cela le sort du Piémont nous attend.»

Ergänzend bemerkte er in seinem Schreiben noch, der französische Aussenminister sei darüber orientiert, dass in der Schweiz nach den Wahlen etwa 20 hervorragende, aufgeklärte, liberal denkende Persönlichkeiten zur Verfügung stünden. Wenn der französische Gesandte mit ihnen zusammenarbeite, könnte sich die Lage im Land sehr bald beruhigen. Sollte er jedoch eine Schaukelpolitik unter Einbezug der zwei extremen Gruppen treiben, so wäre dies von Schaden. Talleyrand habe ihm versichert, Verninac sei in positivem Sinne instruiert worden, liess aber auch durchblicken, wenn dies nicht zur Beruhigung beitrage, müsse man die Schweizer als «irramenables», unverbesserlich, betrachten.

Die im September 1801 in Bern zusammentretende Zentraltagsatzung mutierte zur nicht geringen Überraschung der französischen Regierung sogleich zu einer Art Verfassungsrat, und anstatt die bereits ein Stück weit praktizierte Verfassung von Malmaison anzunehmen, verlor sie sich in kontroversen Debatten.¹⁵ Der Schriftwechsel des französischen Gesandten Verninac in Bern mit dem Aussenminister Talleyrand spiegelt daher die wachsende Irritation in Paris über diesen Gang der helvetischen Dinge.¹⁶ Am 7. Oktober liess dieser verlauten:

«Votre rôle, citoyen, doit donc se borner aujourd'hui à marquer votre improbation sur les opérations de la Diète, à répéter que le gouvernement de la République n'est pas préparé à donner tous les jours son approbation à une constitution nouvelle et à annoncer que l'acquisition du Valais est le prix des concessions que la France a faites à la Suisse.»¹⁷

Stapfer aber empfing direkte und unmissverständliche Signale dieses Unmuts an den Audienzen des Ersten Konsuls. Noch lautete allerdings dessen Direktive, etwa angesichts der in der Innerschweiz aufflackernden Unruhen: keine direkte Einmischung, weder zivil noch militärisch. Stapfer rapportierte den französischen Stimmungswandel, wie im Gesandtenbericht vom 26. September zu lesen ist:

«Le premier Consul me témoigna avant-hier à l'audience publique qu'il voyait avec beaucoup de peine nos divisions. Votre république, dit-il, est

déjà assez faible et peu considérable par elle-même au milieu des Etats de l'Europe, pour que vous puissiez supporter encore l'affaiblissement qui est une suite naturelle des troubles qui continuent à vous agiter.»¹⁸

Dieser demütigenden Feststellung Bonapartes in aller Öffentlichkeit vermochte der Schweizer Gesandte bloss beschönigend entgegenzuhalten:

«Je répondis que l'immense majorité des Helvétiens et de leurs représentants étaient d'accord et que les oppositions qui s'étaient manifestés méritaient plutôt le nom d'intrigues et de révoltes que de dissensions civiles.»

Aber wer zog hier die Grenze zwischen blossen Parteiintrigen und der im Volk zunehmend wachsenden tiefen Missstimmung sowohl über eine schwache und zerfahrene Regierung als auch über den Streit der Parteigruppierungen? Stapfer sah sich in die Defensive gedrängt und vermochte der Kritik Talleyrands an der zu wenig tatkräftigen helvetischen Exekutive lediglich entgegenzuhalten, der kommandierende französische General Montchoisy verweigere ihr eben auch den Einsatz der Ordnungstruppen. Je diffuser die Zentraltagsatzung debattierte, desto mehr wuchs der Ärger in Paris.

«Je ne dois vous dissimuler que le ministre des Relations extérieures me témoigne, à chaque fois que nous nous voyons un grand mécontentement des opérations de la Diète»,

meldete der wenig beneidenswerte Gesandte nach Bern.¹⁹ Vielleicht hatte der Franzose mit seinem Vorwurf jedoch gar nicht so Unrecht, wenn er ihm vorrückte, es sei doch unmöglich, dass eine so zusammengesetzte Versammlung wie die helvetische Tagsatzung, Artikel um Artikel des Vorschlags debattierend, zu einer vernünftigen Endfassung gelangen könne, denn:

«l'unité et la parfaite cohérence de l'ensemble ne pouvant jamais être le résultat des délibérations d'une assemblée nombreuse et divergente dans les opinions de ses membres.»

So spürte Stapfer, dass die missmutigen Machthaber mit ihrer Geduld bald am Ende seien. Es war wenige Tage vor dem dritten Staatsstreich, vor dem Föderalistenputsch Ende Oktober 1801, dass er noch einmal einen Warnruf an die verbohrtten Parteien sandte und die Regierung aufrief, sich auf das Wesentliche auszurichten:²⁰

«Je dois vous entretenir encore de l'effet que produit ici la métamorphose de la Diète en assemblée constituante [...] Quelque soit au reste le résultat des travaux de la Diète, il faudra bien qu'elle établisse un gouvernement. Il me semble qu'il est urgent de sortir à tout prix du provisoire.»

Wir vernehmen einmal mehr sein Memento, seit Antritt der Pariser Diplomatenstelle immer eindringlicher: Unter Absehung von allen Nebensächlichkeiten möge doch eine definitiv installierte Regierung die Zügel in die Hand nehmen und in erster Linie die nationalen Interessen wahren. Es komme allem voran auf Charakter und Fähigkeit der Regierungs- und Verwaltungsfunktionäre an:

«Si les choix pour l'administration future sont bons, elle saura améliorer les défauts de la constitution. Une expérience de dix ans a prouvé que tout dépend des hommes, et très peu de quelques modifications de plus ou de moins dans les constitutions, pourvu que les grands principes de tout ordre social y soient consacrés.»

Und noch eindringlicher fuhr er fort:

«Le gouvernement constitutionnelle de l'Helvétie va entrer en lutte avec tous les genres de rénitence, d'égoïsme, de préjugés et d'ambitions. Si ce gouvernement ne débute pas par le déploiement d'une grande énergie et l'ascendant d'une autorité salutaire et prépondérante, je désespère de sa durée et de l'indépendance de mon pays. Les gouvernements étrangers, et notamment celui de la République française, sont aux aguets. Quelque sage et bien composé que soit le gouvernement qui va prendre les rênes de l'administration, si, faute de fonds, il ne déploie pas dans les premiers instants de grands moyens de répression, de réparation et de réorganisation à la fois, on ne manquera pas d'attribuer au peu de considération dont on prétendra que ses membres jouissent, au peu de confiance qu'ils inspirent, à la désapprobation qu'on prêtera au peuple helvétique relativement à la constitution et à la partie de ses principes qui tiennent au système de l'unité, en un mot, à des causes étrangères aux véritables sources de l'anarchie, l'impuissance du gouvernement et l'audace des malveillants.»

Malte er zu schwarz? So fragte er sich selber an diesem Punkt:

«Je suis fâché [...] d'être obligé de faire des suppositions aussi désastreuses; mais en politique il faut raisonner dans toutes les hypothèses, et dans ma position je suis pénétré plus particulièrement de la conviction qu'il faut que le gouvernement helvétique constitutionnel annonce son activité dans les premiers instants par un aussi grand développement de forces bienfaitrices et imposantes que possible. Le rétablissement de la tranquillité en Helvétie, la renaissance de la prospérité, les égards des puissances étrangères pour son gouvernement et peut-être même de l'existence de la Nation en dépendent.»

So weit Stapfers Vorstellung von einer handlungsfähigen, fortschrittlichen Regierung unter den waltenden politischen Umständen.

IV Der vorgehend ausgewertete offizielle Schriftwechsel der Pariser Gesandtschaft und weiterer einschlägiger Akten macht deutlich, welche Relevanz sowohl für die Innenpolitik als auch für die aussenpolitische Situation der Helvetischen Republik im Sommer und Herbst 1801 der Auseinandersetzung um das Malmaison-Projekt zukam. Zieht man auch den privaten Briefwechsel aus Stapfers Umfeld heran, so rückt mancher Umstand noch deutlicher ins Licht. So etwa der Wechsel auf dem französischen Gesandtenposten in Bern oder der Zwang für

Stapfer, in besonderen Situationen zu lavigieren. Ohne eine entsprechende Taktik hätte er sich auf dem Pariser Parkett kaum zu halten vermocht. Leise Andeutungen lassen aber vermuten, dass dies seinem geraden Charakter nicht leicht fiel. In mancher Bedrängnis suchte er über die persönlichen Beziehungen der Familie seiner Gattin politische Kontakte zu französischen Spitzenfunktionären. Ein paar Hinweise mögen nachfolgend zeigen, wie er den zwar knappen Spielraum doch zweckdienlich auszunutzen verstand. Der helvetischen Exekutive beispielsweise stärkte er den Rücken für energische Massnahmen, was man einem Brief vom 7. September 1801 an Paul Usteri entnimmt. Es ging um den wenig kooperativen französischen Oberkommandierenden General Montchoisy:²¹

«Gegen Montchoisy habe ich, einem späteren Brief von Bégoz zufolge, nicht weiter operiert. Aber ich getraue mir, ihn zu sprengen, wenn Ihr wollt. Mit Talleyrand stehe ich wieder aufs Beste.»

Dass des Weiteren seine Demarchen wesentlich zur Abberufung des sich zusehends patrizierfreundlich gebenden französischen Gesandten Reinhard und seines intriganten Sekretärs Fitte im Sommer jenes Jahres beitrugen, steht ausser Frage, obwohl diese Massnahme des Ersten Konsuls gegen den Willen seines Aussenministers geschah. Dazu bemerkte Stapfer am 15. August:

«Während Sie in der Schweiz mit Muth und Klugheit die aristokratischen Zuckungen neutralisieren, habe ich hier, wie ich mir schmeichle, nicht weniger gute Arbeit gemacht.»²²

Reinhards Annäherung an die Berner Oligarchen stufte er als politische Gefahr ein. So brachte er seine Vorbehalte gegen dessen Haltung auch direkt beim obersten Gebieter an den öffentlichen Audienzen an, sodass Talleyrand sich gezwungen sah, den Geschäftsträger in Bern fallen zu lassen, wozu Stapfer andernorts sarkastisch bemerkte:

«Er ist innerlich gewiss rasend, aber lächelt mit Kupplersmiene mehr als je.»

Was Stapfer dem an und für sich geistvollen, aus Tübingen stammenden Reinhard in der Rolle des einflussreichen französischen Gesandten nicht verzieh, war dessen Verleugnung der liberalen Grundsätze der Revolution und die Behinderung der gemässigten republikanischen Parteirichtung in der Schweiz. Wie könne, so setzte er an ihm aus, ein Mann von deutscher Bildung, der Sinn für eine bessere Behandlung der Menschheit hätte haben sollen, nicht derjenigen republikanischen Partei bei uns redlich Hand bieten, welche das Grosse und Wahre in den französischen Revolutionsmaximen mit den Resultaten deutscher Moralität und höherer philosophischer Kultur vermählen wollte. Und voller Empörung wies er auf dessen zunehmend zweideutige Rolle hin, die jener in der angehobenen Debatte über die Verfassung von Malmaison spielte:

«Und nicht bloss half er Euch nicht; nicht nur setzte er Euch durch sichtbare Prädilection für die Privilegienhelden alle möglichen Hindernisse in den Weg; nicht nur setzte er durch sein läppisches Betragen die Land-

leute in Alarm und zog uns diesen Bauerntröss auf den Hals, der nun, *in-vita Minerva*, Constitutionen fabricirt und die besten Grundsätze durch seine Roheit und Abgeschmacktheit noch mehr in Misscredit setzen wird; sondern es ist nicht zu glauben, was er immerfort wider Euch alle für schändliches Zeug geschrieben hat und noch schreibt. Er schildert Euch als verbrannte Köpfe, über Hirngespinnste brütende Theoristen, unfähige Phantome, ehrgeizige Revolutionäre, die von der Nation verabscheut wären und keine Kunde von öffentlicher Verwaltung hätten, dazu von Eigendünkel strotzten und ausschliessend herrschen wollten.»²³

So befreite der Wechsel auf dem französischen Gesandtenposten in Bern Stapfers Freunde von einer bedeutenden Sorge. Angesichts der Schlüsselrolle dieses Funktionärs kam natürlich der Nachfolge eine eminente Bedeutung zu. Davon war bereits in anderem Zusammenhang die Rede.²⁴ Sobald der Präfekt von Lyon *Raymond Verninac* vom Ersten Konsul nach Paris beordert war, begann Stapfer nachzuforschen:

«Ich bin auf der Jagd nach Datis über seinen Gehalt und Werth.»²⁵

Er gab sogleich weiter, was zunächst herauskam. So resultierte:

«[...] dass er mit der Rewbell'schen Partei gut stand, hier für einen entschlossenen Republikaner gehalten wird, allein so ziemlich den Mantel nach dem Wind zu hängen scheint. Der *Diable boiteux* [Talleyrand hinkte] sagt von ihm: «C'est un Jacobin doré.»»

Nach weiteren Umfragen kam er zu einer vertiefteren, im Wesentlichen optimistischen Analyse, mahnte aber auch davor, den Mann, «der elegante Gesellschaft liebt, Tafel, Spiel, Repräsentation», auf die falsche Seite abdriften zu lassen. Er jage nach Lob und Glanz. «Diess wird ihn in die Arme der Berner werfen, wenn Ihr nicht das Gegengewicht haltet.» Schlussfolgerung: «Die Hauptsache ist, dass die Gutgesinnten sich seiner gleich bemächtigen.»²⁶ Dies empfahl er insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungen über das Malmaison-Projekt in der Zentraltagsatzung, denn es war von Bedeutung, was der französische Diplomat darüber nach Paris berichtete.

Aus den Privatkorrespondenzen liest man auch die Vorstellungen und Intentionen von Stapfers politischen Gesinnungsfreunden ab während dieser Debatten über Malmaison. Die ersten Versuche der Schweiz nach dem grossen politischen Umbruch, bundesstaatliche Regelungen zu finden, waren allerdings zum Scheitern verurteilt, vor allem weil die unitarisch-republikanische Parteigruppierung im Abrücken vom Einheitsstaat bei drohender Föderalisierung einen Rückfall in vorrevolutionäre Abhängigkeitsverhältnisse befürchtete. Als Verfechter des unitarischen Repräsentativsystems lehnten die Republikaner andererseits nicht minder ein Abgleiten in basisdemokratische Zustände ab, was sie als demagogische Anarchie verabscheuten. Der erfahrene helvetische Innenminister Rengger blickte nicht ohne Sorge auf das kommende «Konstitutionsunwesen» in der Zen-

traltagsatzung und schrieb schon im Frühsommer an Stapfer über deren Zusammensetzung, sie werde «ohne ein Wunderzeichen vom Himmel aus ein paar aristokratischen Parteiführern, einigen Jakobinern und einem Tross von Bauern bestehen».²⁷ Das bedeutete für ihn den befürchteten Föderalisierungsprozess:

«Auch sind alle Unbefangenen darin eins, dass wir nur aus einem provisorischen anarchischen Zustand in einen andern treten, der mit einer neuen, aber wenn Gott will dann der letzten Revolution enden muss, und schon diese Überzeugung allein, wenn sie allgemein wird, muss das Ganze scheitern machen.»²⁸

Stapfer hingegen suchte, wie man weiss, die aufbrechenden Gegensätze zu mildern, auch wenn seine Mahnungen bei den mitten im Parteistreit Stehenden wenig fruchteten, insbesondere nicht bei dem mit seinem republikanischen Kampfblatt fechtenden Usteri. So wettete er in Beantwortung zweier Stapfer-Briefe gegen den Entwurf von Malmaison:

«Das abscheuliche Constitutionsproject mit den 18 Bastarden und kleinen Ungeheuern [sc. den Kantonen mit eigenen Verfassungen], die es nun schon ausgeheckt hat, kann uns nicht retten, wenn es die Tagsatzung auch am ersten Tag anerkennen und dann auseinandergehen wollte. Es ist der organisierte Krieg aller Kantone gegen die Centralregierung, dieser gegen jene und der Kantone endlich untereinander. Wir müssen also alles aufbieten, den Entwurf zu modificiren und zu verbessern.»²⁹

Stapfers realistische Einschätzung der innen- wie der aussenpolitischen Lage in der Verfassungsdebatte ist bekannt. Dem ehemaligen Ministerkollegen und Freund Rengger gab er zu bedenken, allzu einschneidende zentralistische Veränderungen an Bonapartes eigenhändigem Entwurf könnten den Machthaber auf die Seite der Ehemaligen manövrieren. Daher möge man primär auf die Wahl tüchtiger Persönlichkeiten setzen, die einer dreifachen Garantie «der Treue, der Fähigkeit und der Vaterlandsliebe genügen».³⁰ Sie beide, im alten Bern aufgewachsen, hatten ja von einer im ganzen integeren Verwaltungsführung eine lebendige Vorstellung, auch wenn sie die Enge der vom patrizischen Standesbewusstsein getragenen Herrschaft missbilligten und für den Umbruch eintraten. Zur Überwindung der geistig-politischen Spaltung des Landes rief der ehemalige Erziehungsminister des Weiteren seine national-pädagogische Lieblingsidee von 1798 in Erinnerung:

«Ferner sehe ich kein anderes Mittel, wahre Einheit in der Schweiz zu gründen als eine jugendbildende Zentralanstalt, deren Besuch zum Wahlbeding für eine ganze Klasse von Ämtern erhoben werde, und wo Schweizerjünglinge aus allen Gegenden Einheit der Grundsätze einathmen. Der Gemeingeist kann unter den unglücklichen Umständen, welche die Schweizer mehr als je entzweien und auflösen, nur aus einem solchen Institute hervorsprossen. Eine école de service public ist in jedem Lande ein schreiendes Bedürfniss des Zeitalters.»

Sinn und Bedeutung des epochalen Wandels sah Stapfer nicht nur in der politischen Verfassung und ihrer formellen Gestaltung:

«Sollen wir uns denn begnügen, in unserem Lande eine Kopie der mangelhaften repräsentativen Verfassung nach französischem Schnitt, der nicht einmal den Wert und Charakter der hundertjährigen britischen hat, auf Kosten einer unglücklichen Revolution aufzustellen, anstatt ihr doch wenigstens einige uns vor Europa Ehre bringende Merkmale von Kultur und Humanität aufzudrücken?»

Dem aufbrausenden Zürcher Usteri, der ihm die mässige diplomatische Taktik verübelte, hielt er vor Augen:

«Das Prinzip der Einheit durch organische Gesetze und subsidiarische Einrichtungen zu entwickeln und befestigen, sich durch wesentliche Veränderung in den Basen des Constitutionsentwurfs nicht des französischen Beistandes gegen Aufrührer und Starrköpfe berauben, und diese Hilfe durch Behauptung der guten Seiten dieses Entwurfs gegen Oligarchie und Brutalität den gemässigten Republikanern zu sichern – scheint mir jetzt der einzige pflichtmässige und kluge Plan zu sein, den sich die Vertheidiger der Grundsätze entwerfen können. Jetzt ist, wenn jemals, der Fall absoluter Vollkommenheit der relativen aufzuopfern.»³¹

Was er dem gesamten Kollegium der helvetischen Exekutive im selben Schreiben einmal wieder allgemein als Handlungsmaxime im Verkehr mit dem präpotenten französischen Konsularregime empfahl, lautet:

«Mir scheint, dass man gegen die französische Regierung helvetischerseits seit der Revolution in Thaten zu nachgiebig, in Worten zu kalt gewesen ist. Man sollte sie bekriegen, wie sie uns bekriegt. In Phrasen sanft, im Handeln fest und unabhängig, ist gewiss eine bessere Methode.»

Wie aber nun umgehen mit Bonapartes Verfassungsprojekt?

«Wenn Ihr durch Umschmelzung der Verfassungsacte den Übelgesinn-ten im Innern Waffen gegen Euch und Grund zu Widerstand und Klagen am hiesigen Hofe gebet, und zugleich den Auctor classicus in Harnisch bringet, so scheint mir Eure Lage dadurch doppelt schwierig und in dem Grade misslicher zu werden, in dem Eure Repressionsmittel abnehmen. Ich mache hier, so viel als möglich, immerzu Einheitsprose-lyten; allein Caesar ist durch mich so wenig, als vordem der Imperator durch Paulus gewonnen.»³²

Die Stapfer'sche Diplomatie erschöpfte sich allerdings nicht im Antichambrieren bei Bonaparte, Talleyrand und weiteren in die Schweizer Angelegenheiten involvierten Ministern. In seiner Korrespondenz deutet er Versuche an, die Isolation der Schweiz zu vermindern, nachdem ihr ja im Frieden von Lunéville formell die Unabhängigkeit und Konstitutionskompetenz zuerkannt worden war. Er bahnte zunächst vorsichtig Kontakte mit dem österreichischen und dem russischen Gesandten an, um sowohl Verständnis für die offenen Territorialfragen als auch für

den inneren Aufbau zu schaffen. Den Wiener Botschafter Ludwig Cobenzl wies er auf die Folgen einer Abtretung des Wallis an Frankreich hin sowie auf dessen Weigerung, die Dependenz des Fürstbistums Basel zu restituieren. Die von der Schweiz erstrebte Rückkehr zur Neutralität könne allerdings, wie er vorsichtig festhielt, freundschaftliche Verhältnisse zu Frankreich nicht ausschliessen. Und was die innere Ordnung betreffe:

«[...] dass das Einheitssystem, streng ausgeführt, das einzige Mittel wäre, unsere wahre Unabhängigkeit zu erkämpfen und zu behaupten, dass also der Föderalismus gerade die Organisation sei, welche uns am sichersten anstatt zu Freunden, zu abhängigen Alliierten und sociis Romanorum machen müsse. Cobenzl schien's zu fühlen und versprach, bei seiner Rückkehr in Wien seinen Hof zu benachrichtigen.»

Mit solchen Demarchen zielte Stapfer zugleich gegen die Beeinflussungsversuche herumreisender bernischer Patrizier, welche an den europäischen Höfen Stimmung gegen die unitarisch-republikanische Führung zu machen suchten. Beim österreichischen Gesandten ging er noch einen Schritt weiter. Er sondierte, ob eine helvetische Vertretung in Wien – bezeichnenderweise mit dem Plazet der französischen Regierung – genehm wäre. Er brachte dabei den Namen des liberal gesinnten Berner Patriziers Karl Viktor von Bonstetten ins Spiel, Freund des damals in österreichischen Staatsdiensten stehenden Geschichtsschreibers Johannes von Müller.³³ Bis nach England hinüber spann er einen Faden, dessen Friedensschluss mit Frankreich bevorstand, was einige diplomatische Bewegung auslöste. Stapfer besass von früheren Jahren her dort einen persönlichen Kontakt und nutzte ihn nun zur Beschaffung von Informationen.³⁴

Auch wenn der helvetische Gesandte auf seinem Pariser Beobachtungsposten bloss feststellen konnte, dass für sein Land ausser den verbalen Sympathiebekundungen fremder Diplomaten kaum effektiver Sukturs zu erwarten war, was den französischen Zwangsgrieff hätte lockern können, so resignierte er doch nicht. Vorerst galt zwar unwidersprochen, dass letztlich alles vom Wunsch und Willen des Ersten Konsuls abhing. Bisweilen erklärte dieser, der Schweizer Angelegenheiten völlig überdrüssig zu sein, forschte jedoch an den Audienzen doch immer wieder nach dem Gang der Dinge. Stapfer nahm diese Signale auf und suchte die Stimmung zu deuten, stets zwischen Hangen und Bangen, ob sich in Bern nicht endlich eine tragfähige konstitutionelle Lösung abzeichne. Noch war nicht vorzusehen, wie Bonaparte schliesslich auf substantielle Veränderungen seines Projekts reagieren würde. Das Produkt des langen Feilschens in der Zentraltagsatzung kam jedoch gar nicht zur praktischen Umsetzung, denn unter stillschweigender Duldung Frankreichs setzten föderalistisch gesinnte Drahtzieher am 27./28. Oktober 1801 den dritten Staatsstreich in Szene und schalteten die Unitarier aus. Vergeblich hatten diese noch auf Sukturs aus Paris gehofft. Der Erste Konsul war aber nicht nur wegen der an seinem Konzept vorgenommenen Akzentverschiebungen verärgert, sondern reagierte mit unverhohlenem Unwillen darauf,

dass im ersten Verfassungsgrundsatz die Integrität des helvetischen Territoriums festgelegt war, eingeschlossen das Wallis.³⁵ Bei allen diesen konstitutionellen Irrungen und Wirrungen waren Bonaparte und Talleyrand doch wohl in erster Linie darauf bedacht, dass *ihre* Rechnung aufging, gleichgültig, auf welche helvetische Faktion man dann letztlich setzte.³⁶